

7. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz. 14. Dezember 1949.

27/J

A n f r a g e

der Abg. Mark, Holzfeind, Voithofer, Horn und
Genossen
an den Bundeskanzler,
betreffend Wiedergutmachung für öffentlich Angestellte,
welche in der Zeit von 1933 bis 1945 aus politischen Gründen geschädigt wurden.
-.-.-.-.-

Bei der Beratung des 7. Rückstellungs- und des 3. Rückgabegesetzes wurde sowohl im Ausschuss für soziale Verwaltung des Nationalrates als auch im Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten des Bundesrates verlangt, dass Begünstigungen für Privatangestellte, die zwischen 1933 und 1945 aus politischen Gründen geschädigt wurden, auch für öffentlich Angestellte wirksam werden.

Der Bundesrat hat im Plenum einstimmig beschlossen, die Bundesregierung aufzufordern, einen dahingehenden Gesetzentwurf im Nationalrat einzubringen. Im Zusammenhang damit scheint es wünschenswert, wenn die Frage der Wiedergutmachung aller Schäden, die öffentlich Angestellten in der Zeit des Austrofaschismus und des Nationalsozialismus wegen ihrer Teilnahme am Kampf für ein freies und demokratisches Österreich zugefügt wurden, einer Lösung zugeführt werden könnte.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundeskanzler die nachstehende

A n f r a g e :

1.) Ist der Herr Bundeskanzler in der Lage, mitzuteilen, wann der vom Bundesrat geforderte Gesetzentwurf dem Hause vorgelegt werden kann?

2.) Ist der Herr Bundeskanzler bereit, in diesem Entwurf auch die anderen Fragen der Wiedergutmachung aus politischen Gründen geschädigter öffentlich Angestellter zu berücksichtigen?

-.-.-.-.-